

Interview

Über die Flüchtlingskrise und Rolle der Religion bei ihrer Lösung

mit Paul Michael Zulehner



Professor Paul Michael Zulehner wurde 1939 in Wien geboren. Er studierte Philosophie (Dr. phil. 1961), katholische Theologie (Dr. theol. 1965) und Religionssoziologie in Innsbruck, Wien, Konstanz und München, war Schüler von Johannes Schasching und Karl Rahner. 1964 wurde er zum Priester geweiht. 1973 hat er sich in Würzburg für Pastoraltheologie und Pastoralsoziologie habilitiert (Rolf Zerfaß). Seit 1984 war er Professor für Pastoraltheologie an der Universität Wien und von 2000 bis 2007 Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Die Universität Erfurt hat ihm 2015 die Ehrendoktorwürde verliehen. Er ist Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste und Mitglied in einer Reihe von Fachgremien.

Im vorigen Jahr haben Sie eine umfangreiche Forschung betreffs der Flüchtlingswelle realisiert, die über Österreich gerollt ist. Warum haben Sie sich für diese Forschung entschieden? Wissenschaft und Gesellschaft stehen miteinander in enger Verbindung. Das gilt auch für die theologische Wissenschaft. Der Krieg in Syrien, die unfriedliche Lage in Afghanistan, aber auch die Hoffnungslosigkeit vieler Armer in Afrika sowie die wachsende Zahl von Umweltflüchtlingen sind Herausforderung für die Menschheit, zugleich auch mich als Theologen und Werteforscher.

Das Buch, in dem Sie die Forschungsergebnisse zusammenfassen, haben Sie genannt *Entängstigt euch! – Die Flüchtlinge und das christliche Abendland*. Was ist die Hauptbotschaft dieses Buches und wie ist sein Titel zu verstehen?

Eine Repräsentativstudie des SORA Instituts in Österreich im Herbst 2015, als die ersten schutzsuchenden Menschen nach Europa kamen, zeigt die Gefühlslage unserer Bevölkerung. Die einen fühlen Ärger (17 %), andere Sorge (53 %), andere Zuversicht (26 %); 4 % haben keine Meinung geäußert. Das Land ist also emotional polarisiert. Ich wollte erforschen, welche Einstellungen und Haltungen mit den jeweiligen Gefühlen gegenüber den angekommenen Menschen einhergehen. Dabei zeigt sich, dass die Gruppe Ärger Zäune will, eine Festung Europa, meint, es kämen nur Wirtschaftsflüchtlinge, mit den Flüchtlingen steige die Gefahr von Kriminalität und Terror – also drohe eine Katastrophe: deshalb müsse man die Grenzen dichtmachen, Europa zur Festung ausbauen. Viktor Orban findet in diesem „Lager“ nahezu uneingeschränkt Zustimmung. Anders das „Lager“ Zuversicht. Personen, die sich ihm zugeordnet haben, setzen auf Integration: das heißt

Sprache lernen, Sorge um Wohnung, Zugang zum Arbeitsmarkt. Der Satz von Angela Merkel „Wir schaffen das“ findet hohe Zustimmung, wenn man eben die Kräfte bündelt und integriert. Merkel ist die Leitfigur dieser Gruppe. Kurz: die einen „organisieren“, die anderen „merkeln“. Das zeigt sich inzwischen auch auf Europäischer Ebene in der Politik der Mitgliedsländer. Die zweite wichtige Frage meiner Forschung war: Wenn alle in der gleichen Lage sind, dieselben Bilder sehen – warum sind die einen verärgert, die anderen besorgt und wieder andere voll Zuversicht? Die Wissenschaft deckt auf, dass Ängste bei der „Zuordnung“ eine Rolle spielen: soziale, kulturelle und biographische Ängste, statistisch zeigte sich: Je höher das Angstpotential in einer einzelnen Person, desto wahrscheinlicher zählt sie zum Lager Ärger. Wer wenig Angst fühlt, ist zuversichtlich.

Vom Standpunkt der Länder her gesehen, denen die Flüchtlingswelle ausgewichen ist, scheint insbesondere die deutsche Offenheit als ein präzedenzloser Schritt, durch den vor allem die Bundeskanzlerin Merkel auf die Hauptaufgabe jeder Regierung verzichtet hat, nämlich die Sicherheit des eigenen Landes zu gewährleisten. Die Kritiker weisen dabei nicht nur darauf hin, dass sich unter den Migranten im schwach kontrollierten Flüchtlingsstrom Terroristen verbergen können, sondern auch auf die Öffnung der Tür zur Macht für populistische und nationalistische Parteien quer durch ganz Europa. Ist es Ihrer Ansicht nach möglich gleichzeitig Migranten aufzunehmen und Aufstieg von Nationalismus und Xenophobie in Europa vorzubeugen?

Der Club of Rome hatte schon 1991 auf den kommenden „Globalen Marsch“ von Flüchtlingen und Migranten hingewiesen. Europa hat diese Warnungen nicht ernst genommen, obwohl derzeit 65 Millionen, darunter 40 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind. „Dublin II“ sah vor, dass Italien mit Lampedusa allein fertig werden soll. Dann waren unzählige Flüchtlinge in Ungarn auf dem Bahnhof Keleti und auf den Autobahnen. Jetzt machte die deutsche Kanzlerin, zunächst nur, um den Ungarn zu helfen, die Grenzen auf. Natürlich waren in dieser Zeit die Behörden, weil unvorbereitet, nicht in der Lage, den Zuzug bürokratisch angemessen zu gestalten. Diese Frage ist aber inzwischen für Europa wenigstens vorläufig gelöst. Die Sicherheit des Landes wird zudem nicht durch die Flüchtenden gefährdet, sondern durch Terroristen, die viele Wege haben, ins Land zu kommen. Der Angriff auf das World-Trade-Center von 2001 hat mit Flüchtlingen nichts zu tun, sondern mit der Demütigung der Arabischen Welt durch die USA unter George W. Bush, so der französische Politologe Dominique Moïsi (The Geopolitics of Emotion, 2010). Laut deutschen Bundeskriminalamt (BKA 2015) sind unter den Flüchtlingen anteilmäßig nicht mehr Kriminelle als in der landeseigenen Bevölkerung. Nur in dieser ist zudem die Kriminalität um 300 % gestiegen – und zwar gegen die Flüchtlinge und deren Unterkünfte. Und der Rechtspopulismus? Dieser ist ein Produkt der Ängste, die von Populisten zudem künstlich geschürt werden, um Wählerstimmen zu akquirieren. Diese Ängste kommen aber nicht von den Flüchtlingen, sondern werden auf diese projiziert. Dasselbe geschah im Dritten Reich mit den Juden. Heute sind es Muslime. Die Angst vor den Fremden lenkt zudem davon ab, dass die Politik beispielsweise in der Arbeitsmarkt- oder Wohnbaupolitik versagt.

In Tschechien sowie in einigen weiteren Ländern polarisiert die Flüchtlingsproblematik sehr die Gesellschaft. Die Gegner einer Aufnahme von Flüchtlingen zögern nicht diejenige die den Flüchtlingen helfen als Hochverräter zu bezeichnen. Sehen Sie einen Weg zur Versöhnung in der gespaltenen Gesellschaft?

Wenn die Ängste die Ursache der Polarisierung sind, geht Versöhnung nur über die Heilung der

Ängste. Das kann durch eine Politik des Vertrauens geschehen, welche die Ursachen der Angst bearbeitet (Waffenstillstand, keine Waffenlieferungen, Marshallplan für Syrien, gute Arbeitsmarkt- und Wohnbaupolitik für alle), auch durch breite politische und interreligiöse Bildung. Vor allem aber heilen Begegnungen, Gesichter und Geschichten. In Gemeinden Österreichs, in denen Flüchtlinge aufgenommen werden, ist die Angst deutlich niedriger als in Gemeinden, die niemanden persönlich kennengelernt haben. Natürlich kann auch die Religion mithelfen. Sie schafft Urvertrauen. Gläubige Menschen sagen, dass wenn nur ein Gott ist, Aylan Kurdi – in der Ägäis ertrunken – einer aus unserer einen Menschheitsfamilie ist und uns daher etwas angeht. Tiefe Einheit allen Seins und daraus folgend universelle Solidarität in der Einen Welt, der einen Menschheit, sind Kernaussagen aller großen Religionen der Welt.

Manche Flüchtlinge, die in die EU im Jahr 2015 gekommen sind, sind in westeuropäischen Ländern nicht registriert worden und so haben sie sich regelrecht aus dem Staub gemacht – für Behörden gibt es sie nicht. Wie sollte Ihrer Ansicht nach diese Situation gelöst werden?

Es gibt heute viele Verschwörungstheorien, die Angst machen. Eine eigene Internetseite (www.hoaxmap.org) informiert darüber. Zu diesen Verschwörungstheorien gehört, dass die Lage unkontrolliert ist – was aber längst nicht mehr der Fall ist. Was freilich tragisch ist, dass Schlepperbanden junge Mädchen aus Afrika und unbegleitete Jugendliche „entführen“ und in die Rotlichtszene „verkaufen“. Über die Schlepperkriminalität muss politisch geredet werden. Sie kann aber nur durch eine offensive Flüchtlingspolitik, etwa durch humanitäre Korridore, eingedämmt werden. Dann braucht auch kein Flüchtlinge mehr im Mittelmeer zu ertrinken.

In kirchlichen Kreisen sowie im theologischen Diskurs wird derzeit in Betracht gezogen, dass sich Kirchen bei der Lösung von gesamtgesellschaftlichen Problemen öffentlich engagieren sollten. Dabei können wir von Angesicht der Flüchtlingsproblematik beobachten, dass sich ein Teil der Christen für Flüchtlinge engagiert, ein Teil im Gegenteil sehr rasant gegen eine Aufnahme vor allem der islamischen Flüchtlinge protestiert. Als Reaktion auf diese Spannung innerhalb der Kirche wird manchmal darauf hingewiesen, dass sich Christen weniger mit Themen wie etwa Sicherheit des Staates und mehr damit befassen sollten was in menschlichen Herzen geschieht. Würde man damit Ihrer Meinung nach das öffentliche Engagement der Kirche nicht aufgeben?

Ich bekomme nach meinen politischen Stellungnahmen als Theologe oftmals Mails, ich solle mich aus der Politik heraushalten. Die Religion habe mit der Flüchtlingspolitik nichts zu tun. Gern halte ich mich, so gut ich kann, aus der Parteipolitik, aber nicht aus der Politik heraus. Denn wie kann mir jemand erklären, dass die Aussage „Ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen“ (Mt 25,35) nicht hochpolitisch ist? Oder wenn die Güter dieser Welt ungerecht verteilt sind, wenn himmelschreiendes Unrecht geschieht, wenn das „eine Welthaus“ (Papst Franziskus in der Enzyklika *Laudato si'*, 2015) ökologisch so beschädigt wird, dass die nächste Generation in ihm nicht mehr wohnen kann: Als Christ muss ich mich damit beschäftigen und muss daher „politisch“ sein. Dabei spielen die Herzen natürlich eine Rolle: Wenn ein Politiker beispielsweise einmal mit unbegleiteten Jugendlichen gegessen hat und sich dabei ihre Geschichten erzählen lässt, ändert sich sein Herz und mit diesem seine politische Ausrichtung. Die Kirchen können solche Begegnungen ermöglichen, in ihren Gemeinschaften und Gemeinden. Eine engagierte Frau sagte mir (sie ist Christin): Ich mache viel, erlebe viele Probleme, manche spotten über mich, weil ich mich einsetze, aber ich mache weiter, denn „ich spüre göttlichen Rückenwind“.

Sie widmen sich seit vielen Jahren der Problematik des vereinigten Europas und den osteuropäischen Ländern. Ihnen haben Sie ihre Aufmerksamkeit als einer von wenigen bereits vor 1989 geschenkt. Jetzt werden diese Länder damit konfrontiert, dass sie westeuropäische Länder auffordern ihren Teil der Verantwortung für Solidarität unter den EU-Staaten zu übernehmen und einen Teil der Flüchtlinge aus Griechenland und Italien aufzunehmen. Postkommunistische Länder scheinen mit dieser Aufforderung offensichtlich überrascht zu sein. Meinen Sie, dass die einzelnen EU-Staaten tatsächlich einander verstehen und wichtige europäische Fragen ähnlich sehen, oder dass sie eher in eigenen Vorstellungen über die anderen leben? Zum Beispiel können osteuropäische Länder in der Vorstellung leben, dass sie gegenüber den westeuropäischen immer noch ziemlich arm sind. Westeuropäische Länder können sich wieder einbilden, dass der Transformationsprozess im Osten Europas bereits geendet hat.

Dies ist eine sehr komplexe Frage. Viele Länder in Ost(Mittel)Europa waren Jahrzehnte lang von Moskau „fremdbestimmt“. Moskau ist ihnen inzwischen Gottlob abhandengekommen. „Brüssel“ eignet sich vorzüglich als Ersatz – wobei auffällt, dass in Brüssel die Regierungschefs des eigenen Landes sitzen und diese ein faules Doppelspiel betreiben, wenn sie in Brüssel so und daheim anders reden. Zudem zeigt die Flüchtlingsfrage die nach wie vor vorhandenen sozialen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen Europas. Wenn beispielsweise Flüchtlinge in Polen Asyl erhalten, sind diese zumeist dank der gewonnenen Reisefreiheit in kurzer Zeit in Deutschland, weil sie dort die dreifache Sozialhilfe bekommen. Das ist dann nicht die von vielen kritisierte „Flucht à la carte“, sondern macht sichtbar, dass Europa bei der Angleichung der sozialen Standards noch einen langen Weg vor sich hat. Dies ist aber nicht mehr ein Teil der Überwindung der kommunistischen Unzeit, sondern der Selbstentwicklung der Europäischen Völkerfamilie. Europa arbeitet intensiv daran. Denn es ist ein erklärtes Ziel des Projekts „Europa“, durch Regionalförderung und die Staffelung der Beiträge nach und nach zwischen allen Regionen einen Ausgleich zu schaffen.

Herr Professor, ich danke Ihnen herzlich für das interessante, offene und aufschlussreiche Gespräch und wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft.

Michal Opatrný